ANSICHTEN – AUSSICHTEN

MITLINKSFÜRNEUENHAGEN

Die Bürgerzeitung

Nr. 8 Januar 2009

Liebe Bürgerinnen und Bürger Neuenhagens!

Wir, die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung, sowie der Ortsvorstand der Partei DIE LINKE wünschen Ihnen und Ihren Lieben ein frohes und sorgenarmes Jahr 2009 bei bester Gesundheit.
Für das Jahr 2009 wünschen wir Ihnen und unserem Neuenhagen einen starken Puffer gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Was den Spekulanten und Räuber-Managern offensichtlich schon längst wieder verziehen ist, müssen schließlich wir „kleinen Leute“ ausbaden. Gerade in schlechten Zeiten ist deshalb der Kampf um soziale Gerechtigkeit besonders wichtig. Dafür setzen wir Linken uns ein.

Fraktionsvorsitzende Vorsitzender des Ortsvorstandes

Thema des Monats

Unterschriften gegen neue Tagebaue

Von Dr. Angela Schlutow

Die NABU-Ortsgruppe, die Grünen/B90 und DIE LINKE Neuenhagens hatten für den 16.12.2008 zu einer gemeinsamen Aktion – Unterschriften gegen neue Tagebaue im Rahmen des Volksbegehrens „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ im Land Brandenburg – aufgerufen, und ca. 50 Neuenhagenerinnen und Neuenhagener waren gekommen.
Ziel war, nochmals ganz deutlich darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, dass die Landesregierung jetzt einen Aktionsplan erarbeitet, wie und mit welchen sozial verträglichen Schritten sie bis 2050 die Braunkohleförderung in der Lausitz langsam herunterfahren will und gleichzeitig die Energieerzeugung durch erneuerbare Energieträger ersetzen kann.
Dass die Potenziale dazu in Brandenburg vorhanden sind, ist längst in entsprechenden Studien, die die Landesregierung selbst in Auftrag gab, nachgewiesen. Ebenso lässt sich das Argument nicht aufrechterhalten, dass ohne neue Tagebaue viele Tausend Kumpels arbeitslos würden. Bis 2050 ist jeder der jetzt in der Braunkohle tätigen Kumpel sowieso bereits in Rente. Deshalb muss jetzt ein arbeitsmarktpolitisches Konzept auf den Tisch, damit die junge Generation in der Lausitz durch Ausbildung und Umschulung in der Technologie der erneuerbaren Energiegewinnung ihre berufliche Zukunft findet.
Das wäre der weitaus sicherere Weg, als darauf zu hoffen, dass Vattenfall das CO_2-Problem durch Verpressung in die Erde löst. Und was, wenn nicht? Dann wird Vattenfall sich kurzerhand aus der Lausitz verabschieden. Dann haben wir wirklich auf einen Schlag Tausende Arbeitslose, die nicht auf eine Alternative vorbereitet sind. Und wir haben mal wieder die Rekultivierung der Landschaft auf unsere Kosten zu leisten. Und was, wenn Vattenfall die CO_2-Verpressung gelingt? Dann werden die Kohle bzw. der Strom teurer, denn die enormen Kosten legt Vattenfall selbstverständlich auf die Verbraucher um. Dann vererben wir unseren Enkeln eine unkalkulierbare Altlast, wie wir das schon mit dem Atommüll machen. Dann werden wieder Dörfer in der Lausitz zwangsevakuiert. Dann wird Europa das Ziel, die Klimaerwärmung nicht über 2 Grad zuzulassen, nicht erreichen. Dann ist wieder die Lausitz am härtesten betroffen, denn in dieser bereits jetzt schon trockensten Region Deutschlands wird der weitere Rückgang der Jahresniederschläge besonders gravierend sein. Aber eben nicht nur in der Lausitz. Der ansteigende Wasserspiegel der Meere bedroht die Küsten und z. B. auch unser Oderbruch.

Ihre Unterschrift gegen neue Braunkohletagebaue hilft, die Zukunft der Lausitz und die unserer Enkel zu sichern!



Volksbegehren noch bis zum 9. Februar

Das Volksbegehren kann durch alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger noch **bis zum 9. Februar** 2009 durch Eintragung in die ausliegenden Listen unterstützt werden. Die Listen liegen in der Gemeindeverwaltung **– Bürgerservice – Am Rathaus 1** in Neuenhagen zu folgenden Zeiten aus:
**montags und freitags von 8:00 bis 12:00 Uhr,
dienstags von 9:00 bis 12:00 Uhr und von 13:00 bis 18:00 Uhr sowie
donnerstags von 13:00 bis 17:00 Uhr.**

Sitzverteilung in den Ausschüssen

Von Ute Schönthal

Die Kommunalwahlen haben für DIE LINKE neun Sitze in der Gemeindevertretung gebracht. Das bedeutete, dass wir mit je drei Sitzen in den Ausschüssen vertreten waren. Durch die Fraktionsbildung von GRÜNE/BÜNDNIS 90 mit Pro Zukunft sowie der FDP mit dem BGN sind wir jetzt mit je zwei Mitgliedern in den Ausschüssen vertreten. Die Besetzung des Hauptausschussses ist wie vorher geblieben.
Im Hauptausschuss vertreten uns CORINNA GASSMANN, FELIX KAMINSKI und JOACHIM WERNER.
Den Vorsitz des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses hat KLAUS RICHTER (CDU) inne. DIE LINKE wird durch JOACHIM WERNER und SVEN KINDERVATER vertreten. Als sachkundiger Einwohner unterstützt uns Dr. KLAUS BIEDKA.
MICHAEL KLUCK (SPD) ist der Vorsitzende des Finanzausschusses. Aus unserer Fraktion sind DANIELA STOLL und CORINNA GASSMANN Mitglieder, HELGA PIETSCHMANN sachkundige Einwohnerin dieses Ausschusses.
Der Vorsitzende des Kultur- und Sozialausschusses ist SASCHA TRUTT. DIE LINKE wird weiterhin durch UTE SCHÖNTHAL als Mitglied des Ausschusses und UWE HAMANN als sachkundiger Einwohner vertreten.
Auch der Ortsentwicklungs-, Bau- und Umweltausschuss steht unter Leitung der Linken, namentlich Dr. ANGELA SCHLUTOW, ergänzt durch MICHAEL ROSENBERG als Mitglied und WOLFGANG WINKLER als sachkundigen Einwohner.
Die Arbeit in den Ausschüssen wurde mit der Disskussion über den Haushaltsplan für 2009 begonnen.

Zum Haushalt 2009

Von H. Pietschmann und Daniela Stoll

Am 11. Dezember 2008 hat die Gemeindevertretung den Haushalt für 2009 beschlossen.
Der Gemeindehaushalt wird zum ersten Mal auf der Grundlage der DOPPIK basieren. Der Begriff DOPPIK ist eine Abkürzung für die doppelte Buchführung, wobei es darum geht, eine umfassende Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage darzustellen. Dadurch wird erstmals eine komplette Erfassung, Bewertung und Abbildung der Vermögenslage ermöglicht, die sich durch die Abschreibungen jährlich verringert und durch die Neuinvestitionen entsprechend erhöht.
Durch die Umstellung vom kameralen zum doppischen Haushalt erwartet die öffentliche Verwaltung mehr Kostentransparenz und Kostenvorteile. Die Umstellung soll laut Beschluss der Innenministerkonferenz vom 21. November 2003 bis 2011 abgeschlossen sein.
Der neue Haushaltsplan löst sich von der Detailgenauigkeit ab und stellt seine Finanzen in zusammenhängenden Kernaussagen dar.
Die DOPPIK soll grundsätzlich dazu beitragen, die wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel besser zu steuern und kontrollieren zu können, sowie die Effizienz des Verwaltungshandels klarer aufzuzeigen, also die Haushaltsführung transparenter zu machen. Zu diesem Zweck werden Produkte als Bestandteil des Gesamthaushalts erarbeitet.
Ein Produkt ist ein Bündel von Leistungen, das in der Lage ist, für eine klar definierte Zielgruppe einen bestimmten Nutzen zu erbringen. Produkte sind z. B. die Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten, die Grundschulen, Straßenreinigung und Winterdienst, Bau und Unterhaltung von Gemeindestraßen, Friedhöfe, Förderung des Sports, Förderung von Kunst und Kultur oder das Freibad.
Insgesamt wurden 36 Produkte festgelegt, die in Produktgruppen und Produktbereichen zusammengefasst sind und die den Gesamtergebnishaushalt bilden. Neu in diesem Haushalt ist die Festlegung von Budgets für die einzelnen Fachbereiche. Als Budget wird der vorgesehene finanzielle Rahmen für einen Fachbereich zur Erfüllung vorgegebener Ziele und Aufgaben bezeichnet. Darunter versteht man die Bereitstellung der finanziellen Ressourcen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung.

Brennpunkt Hauptstraße

Von Corinna Gassmann

Die Verkehrssituation auf der Hauptstraße hat mittlerweile einen solch hohen Belästigungsgrad erreicht, dass sich nun sogar eine Wertminderung der angrenzenden Immobilien abzeichnet. Auf diese Entwicklung hatten die Anwohner bereits im Oktober 2007 mit einer Unterschriftenaktion deutlich hingewiesen. Um eine Erhöhung der Sicherheit und eine Verminderung von Lärm und Abgasen zu erreichen, wurden von ihnen die Errichtung von Querungshilfen und ein Nachtfahrverbot für schwere Lkw gefordert.
Ein dementsprechender Beschlussantrag wurde seitens der SPD-Fraktion eingereicht. Danach sollte der Bürgermeister durch die Gemeindevertretung damit beauftragt werden, mit dem Landesbetrieb Straßenwesen Verhandlungen aufzunehmen über:

- die Errichtung von drei Fußgängerüberwegen/-querungen bzw. zwei dieser Fußgängerüberwege/-querungen und einer Ampelanlage in der Hauptstraße;
- die Anordnung eines Nachtfahrverbotes für schwere Lkw im gesamten Bereich der Landesstraße (Hönower Chaussee, durchgehend bis Schöneicher Straße);
- die Begrenzung der Geschwindigkeit in der Hauptstraße auf 30 km/h.

Bereits in der ersten Ausschusssitzung schlossen sich die Fraktionen von CDU und GRÜNE/B90/Pro Zukunft dem Beschlussantrag als Einreicher an.
Die für die Realisierung benötigten Mittel sollte die Gemeinde Neuenhagen bereitstellen. Für eine einzelne Querungshilfe standen dabei von Kosten in Höhe von 150 000 € zur Disposition. Die Diskussion über die Einstellung finanzieller Mittel im gemeindlichen Haushalt für diese eine Landesstraße betreffenden Maßnahmen endete allerdings noch im Vorfeld der Gemeindevertretersitzung mit einer Löschung dieser einzelnen Forderung.
In der vorliegenden Form konnte sich unsere Fraktion, DIE LINKE, dem Antrag nicht anschließen. Die von uns festgestellten inhaltlichen Mängel nahmen wir daher zum An-

lass, um den Einreichern bis zur Gemeindevertretersitzung am 11.12. 2008 konkrete Veränderungsvorschläge an dem vorgelegten Beschlussantrag zu unterbreiten. Erfreulicherweise mündeten unsere Bemühungen in eine grundlegend überarbeitete Fassung, woraufhin sich auch unsere Fraktion dem Antrag als Einreicherin anschloss.
Nunmehr sollte der Verkehrsbeirat damit beauftragt werden, mögliche kurzfristig vorzunehmende Maßnahmen mit den Zielen der Verkehrsberuhigung, Erhöhung der Verkehrssicherheit (insbesondere Schulwegsicherung) und der Minderung von Lärm- und Abgasimmissionen zu prüfen. Berücksichtigung sollten hierbei insbesondere die eingangs konkret benannten Vorschläge finden. Das Ergebnis dieser Prüfung sollte der Gemeindevertretung in ihrer nächsten Sitzung vorgeschlagen werden. Die Maßnahmen sollten vorerst befristet werden bis zum Vorliegen der fertig gestellten Verkehrskonzeption.
In Abhängigkeit von den Empfehlungen des Verkehrsbeirates und dem Votum der Gemeindevertretung sollte der Bürgermeister beauftragt werden, umgehend die zur Realisierung der Maßnahmen notwendigen Verhandlungen mit dem zuständigen Straßenbaulastträger, dem Landesbetrieb Straßenwesen, aufzunehmen.
Diese Verfahrensweise ist sinnvoll und notwendig, da der erste Entwurf der fortgeschriebenen Verkehrskonzeption erst am Ende des ersten Halbjahres 2009 erwartet wird. Um bis dahin jedoch die Zeit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, verfolgen wir das Ziel, zumindest mit der Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen eine Erleichterung der Situation an der Hauptstraße zu erreichen.
Dem Beschlussvorschlag wurde in der entscheidenden Sitzung der Gemeindevertretung mehrheitlich zugestimmt.

Schutz für die Trainierbahn

Von Dr. Angela Schlutow

Die Neuenhagener Trainierbahn soll geschützter Landschaftsbestandteil werden. Warum brauchen wir noch einen weiteren Schutzstatus für die Trainierbahn? Reicht der Status als Landschaftsschutzgebiet mit vielen einzelnen geschützten Biotopen nicht aus? Nein, das reicht eben nicht aus. Eine für die Neuenhagener Bevölkerung unverzichtbare Funktion der Trainierbahn, die öffentliche Zugänglichkeit für die ruhige, naturverbundene Erholungsnutzung, wird durch keine der derzeit geltenden Rechtsverordnungen gesichert.
Die Gefahr besteht akut, dass ein neuer Besitzer die Trainierbahn einfach einzäunt und abschließt. Deshalb hat unsere Fraktion mit Unterstützung von GRÜNE/B 90 und der SPD noch in der vergangenen Wahlperiode den Antrag in die Gemeindevertretung eingebracht, die Trainierbahn solle als geschützter Landschaftsbestandteil unter Schutz gestellt werden. Da das Trainierbahngebiet außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortschaft liegt, ist für die Unterschutzstellung die untere Naturschutzbehörde (UNB), also der Landkreis, zuständig.
Demzufolge lautete der Beschluss:
1. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Landrat von Märkisch-Oderland aufzufordern, ein Unterschutzstellungsverfahren für die Trainierbahn Neuenhagen als geschützten Landschaftsbestandteil durchzuführen.
2. Das Unterschutzstellungsverfahren sollte nach Möglichkeit in Anlehnung an den Entwurf der Verordnung gemäß Anlage 1 eingeleitet werden. In dieser Anlage 1 haben wir einen Verordnungsentwurf beigefügt, der sowohl zulässige Handlungen, wie Ausübung des Pferdesports, ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung, als auch Verbote enthält. Es soll insbesondere verboten werden, das Gelände oder Teile davon durch Abzäunung für die naturverträgliche Erholungsnutzung unzugänglich zu machen, die Ausübung des Pferdetrainings zu behindern oder zu stören, Hunde frei laufen zu lassen, die Ruhe der Natur durch Lärm zu stören.
Der Beschluss wurde mit nur drei Gegenstimmen in der Gemeindevertretersitzung am 18.9.2008 gefasst. Die Gegenargumente waren, dass hierdurch das Nutzungsrecht am zukünftigen Privateigentum eingeschränkt werden würde.
Herr KUCK von der CDU-Fraktion hatte eine Stellungnahme der Galopprennbahn Hoppegarten GmbH eingeholt, in der genau das bestätigt wurde, was unsere Befürchtung und Anlass für den Antrag war: Das Gelände soll abgezäunt und unzugänglich gemacht weden, wenn es nach Herrn SCHÖNINGH geht. Gegen diese Einschränkung verwahrt er sich. Aber hat er wirklich das Recht dazu?
Bereits die Verfassung enthält den Satz: Eigentum verpflichtet. Das Brandenburgische Landeswaldgesetz verbietet das Einzäunen von Wald; das gilt auch für alle privaten Waldbesitzer. Warum soll das gleiche Recht nicht für eine Fläche mit Wald und Wiese bestehen? Wenn Herr SCHÖNINGH der Meinung ist, das Trainieren der Pferde würde durch die Erholungssuchenden behindert, dann müssen wir sicherlich gemeinsam mit ihm darüber reden, welche Regelungen getroffen werden können, um das zu verhindern.
Aber das Abzäunen und Aussperren der Neuenhagener/innen ist aus Sicht der Gemeindevertretung und übrigens auch aus Sicht des Bürgermeisters J. HENZE nicht verhandelbar. Ein sicherlich wichtiges Entgegenkommen könnte darin bestehen, das freie Laufenlassen von Hunden zu verbieten und auch strikt die Zuwiderhandlungen zu ahnden. Nun muss der Landrat einen entsprechenden Beschlussentwurf in den Kreistag einbringen. Die Vorgespräche dazu stimmen uns sehr optimistisch. So berichtete Bürgermeister J. HENZE, dass der Landrat die wichtigste Hürde bereits als genommen betrachtet, nämlich die Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Verweigerung der Zustimmung war bei anderen Unterschutzstellungsverfahren, die die Kreisverwaltung selbst initiiert hatte, bisher meist

(weiter S. 4)



der Grund für ein Scheitern des Antrags. Unsere Neuenhagener Kreistagsabgeordneten haben es auch bereits geschafft, dass die Unterschutzstellung als gemeinsames Ziel in die Kooperationsvereinbarung zwischen der Linken, SPD und Bauernverband aufgenommen wurde. Nun fehlt noch der entscheidende Schritt, d. h. die Vorlage eines Beschlussentwurfes durch den Landrat. Hackentreten und Bohren sind jetzt angesagt. Deshalb eine Bitte an alle unsere Genossinnen und Genossen und an alle Sympathisantinnen und Sympathisanten und Freunde der Trainierbahn:
Wo immer Ihr Kontakt zu Kreistagsabgeordneten oder zur Kreisverwaltung habt, macht Dampf!

DIE LINKE meint ...

Die Rezepte der Linken

Von Marian Krüger, Referent der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

In Springers „Welt“ ist die Stimmung gut: Mit der „Finanzkrise und der absehbaren Rezession hat die Linke ihr Oberwasser verloren." Die „taz" meint dazu, dass sich zwar „alle Prognosen von Gysi & Co., wohin der entfesselte Finanzkapitalismus führen wird", erfüllt haben. Aber, ob die Linke „Krise kann, ist noch offen". Denn in der Krise zähle es nicht, Recht gehabt zu haben, sondern nur griffige Konzepte. Und um die sei es nicht gut bestellt, wenn wir z. B. dem Kölner Politologen KLAUS DECKER glauben: „Die Linke gibt auf die Krise keine überzeugenden Antworten." Nun lassen wir hier die Frage, ob ANGELA MERKEL Krise kann, erstmal bei Seite und werfen einen prüfenden Blick auf die Rezepte der Linken.

Bereits im September legte DIE LINKE ein Konjunkturprogramm im Umfang von 30 Mrd. € vor, dass vor allem auf Investitionen im öffentlichen Sektor, hauptsächlich für die Sanierung von Schulen, Kitas und Universitäten abzielt. Ebenfalls im September legt die Linke ihr Konzept für die Neuordnung der Finanzmärkte vor, das u.a. ein Verbot von Hedge-Fonds und die Einführung einer Börsenumsatzsteuer beinhaltet. Union und SPD lehnen diese Vorschläge umgehend als „nicht finanzierbar" und „populistisch" ab.

Doch wenig später machten sich sowohl CDU- als auch SPD-Politiker Teile des linken Forderungskataloges zu eigen. So brachte Bildungsministerin SCHAVAN im November in wenig abgewandelter Form den Vorschlag der Linken als eigene Idee ein: Für alle Schulen sollte ein milliardenschweres Sanierungsprogramm aufgelegt werden. Und im Oktober veröffentlichen die SPD-Bundestagsabgeordneten KLAUS BARTHEL, HILDE MATTHEIS, OTMAR SCHREINER und SIGRID SKARPELIS-SPERK ein Papier vor, in dem sie ein Konjunkturprogramm von 25 Mrd. € pro Jahr fordern. Außerdem verlangen sie einen generellen Privatisierungsstopp, eine Börsenumsatzsteuer und ein Verbot von Finanzderivaten.
Dass es in der Krise nicht darauf ankommt, Recht zu haben, sondern auf politische Klarsicht und Durchsetzungsfähigkeit, ist gleichwohl völlig zutreffend. Und gegenwärtig setzen sich in den deutschen Parlamenten noch diejenigen durch, die ein Rettungspaket für die Banken innerhalb einer Woche durchpeitschen, aber keine Eile zeigen, wenn es um den Schutz der Interessen der Beschäftigten geht. Denn dort haben zumeist diejenigen, die Hartz IV, Niedriglohn, Teilzeit und Minijobs für eine „überzeugende Antwort" auf die Globalisierung halten, immer noch das Sagen. Die Konzepte, die zur Überwindung der Krise und zum Schutz der Arbeitsplätze nötig sind, werden sich nur dann durchsetzen lassen, wenn diese Politik im Herbst 2009 auf Bundes- und Landebene abgestraft und abgewählt wird.

Erste Notizen aus dem Kreistag

Von Dr. Arno Gassmann

Der Kreistag MOL hat sich für die kommende Legislaturperiode konstituiert. In den Brennpunkt der nächsten Jahre dürften verstärkt Finanzfragen rücken. Entstehende Mindereinnahmen durch Auslaufen des Solidarpaktes 2 sowie diverser EU-Förderprogramme müssen aufgefangen werden, ohne die bestehenden Sozialstandards zu beeinträchtigen oder laufende Wirtschafts- und Infrastrukturprojekte zu gefährden.
Der berlinnahe Raum, wozu auch Neuenhagen gehört, muss zu einem wirtschaftlichen Wachstumskern weiterentwickelt werden, der als Motor mithilft, die Wirtschaft des gesamten Landkreises besser in Gang zu bringen. Die Tourismusregion „Seenland Oder-Spree“ soll zügig ausgebaut und noch bekannter gemacht werden.
Etliche Komponenten der Daseinsfürsorge müssen neu justiert und ausgehandelt werden, etwa der Umfang und die Kosten des kreislichen Personennahverkehrs. Da der Landkreis MOL einige strukturschwache Regionen und eine ungünstige demografische Entwicklung aufweist, wird in der wirtschaftlichen Großkrise – in die Deutschland gerade gerät – mitentscheidend sein, inwieweit der Bund und das Land Brandenburg Belastungen abfedern helfen.

Mitteilung der Redaktion

Frau INGE PAUL legt Wert darauf festzustellen, dass die im „Offenen Brief“ an die Wählerinnen und Wähler zur Kommunalwahl 2008 getroffene Aussage zu Ihrem Wahlverhalten für sie nicht zutrifft und deshalb falsch ist.

Impressum

MIT**LINKS**FÜR**NEUENHAGEN**
www.dielinke-Neuenhagen.de
Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE
Zuschriften an Hartmut Stoll,
Damerower Straße 10,
15366 Neuenhagen

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften Sinn wahrend zu bearbeiten.